

## **Satzung**

der Stadt Markdorf vom 22.1.2013

zur 4. Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung  
(Abwassersatzung – AbwS) vom 27.11.2007

Aufgrund von § 45 b Abs. 4 des Wassergesetzes für Baden-Württemberg (WG), §§ 4 und 11 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) und §§ 2, 13 und 17 des Kommunalabgabengesetzes für Baden-Württemberg (KAG) hat der Gemeinderat der Stadt Markdorf am 22.1.2013 folgende Satzung zur 4. Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung - AbwS) vom 27.11.2007, zuletzt geändert am 14.12.2010, beschlossen:

### **Artikel 1**

§ 42 erhält folgende Fassung:

#### **§ 42**

#### **Höhe der Abwassergebühr**

- |   |                |
|---|----------------|
| (1) Die Schmutzwassergebühr (§ 40) beträgt je cbm Abwasser                                | <b>1,95 €.</b> |
| (2) Die Niederschlagswassergebühr (§ 40 a) beträgt je qm abflussrelevante Fläche und Jahr | <b>0,23 €.</b> |
| (3) Die Gebühr für sonstige Einleitungen nach § 38 Absatz 2 beträgt je cbm Abwasser       | <b>1,95 €.</b> |

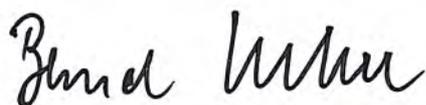
### **Artikel 2**

#### **Inkrafttreten**

Diese Satzung zur 4. Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung - AbwS) tritt rückwirkend zum 01.01.2013 in Kraft. Gleichzeitig tritt § 42 der Abwassersatzung vom 27.11.2007 (zuletzt geändert am 14.12.2010) außer Kraft. Die übrigen Bestimmungen der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung - AbwS) vom 27.11.2007 mit nachfolgenden Änderungssatzungen bleiben unberührt.

Ausgefertigt:

Markdorf, 23.1.2013



Bernd Gerber, Bürgermeister

#### Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg oder aufgrund der Gemeindeordnung beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Absatz 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Stadt Markdorf (Bürgermeisteramt), Rathaus, geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung; die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden ist.